

NZZ am Sonntag

Ukraine

Kriegsjustiz nützt der Politik, nicht der Gerechtigkeit

«Wehe den Besiegten!» Was zu Zeiten der Kelten und Römer galt, wird wohl auch auf die ukrainischen Kämpfer aus dem Asow-Stahlwerk in Mariupol zutreffen, die sich den Russen ergeben haben. Wer die Verhöre durch russische Armee- und Geheimdienstoffiziere hinter sich gebracht hat, kommt vor ein Kriegstribunal, live übertragen im Staatsfernsehen. Diese Chance lassen sich die Propagandisten des Kremls sicher nicht entgehen. Ein Gefangenaustausch unter Aufsicht des IKRK scheint da nur ein frommer Wunsch. Doch auch die ukrainische Seite stellt Kriegsgefangene vor Gericht. Sie hat sogar schon damit begonnen. Kriegsjustiz als Propagandawaffe? Kein Zweifel. Beide Seiten möchten daraus ihren Nutzen ziehen. Aber einen Unterschied gibt es: Die Russen wollen mit einem Tribunal eine Begründung für ihren Angriffskrieg fabrizieren. Die Asow-Soldaten sollen Kronzeugen und Schuldige in einem sein - angebliche «Nazis», die einen Völkermord an Russen verüben und denen Russland mit dem Krieg einen Riegel vorschob. Den Ukrainern aber geht es darum, offensichtliche Kriegsverbrechen zu ahnden. Ein faires Verfahren durchzuführen, während die militärische Auseinandersetzung noch im Gang ist, scheint kaum möglich. Wer wirklich Gerechtigkeit sucht, sollte auf die Zeit nach dem Krieg warten. *Markus Bernath*

F-35-Kampffjet

Demokratiapolitisch ist dieser Kauf in Ordnung

Der Bundesrat will den politisch und rechtlich einwandfrei abgestützten Kauf der F-35-Kampffjets vorantreiben. Das sei demokratiapolitisch stossend, monierte umgehend die SP, weil ja noch Unterschriften für eine Initiative gegen diesen Typ gesammelt würden. Das Gegenteil ist richtig. Demokratiapolitisch stossend wäre es gewesen, den Missbrauch der Volksinitiative als taktisches Mittel zur Verzögerung oder als eine Art Finanzreferendum zu belohnen. Die Volksinitiative ist ein wichtiges politisches Gestaltungsmittel. Aber sie taugt nicht als erpresserische Allzweckwaffe für Polparteien, mit der etwa die SVP die Umsetzung ihrer Ausschaffungsinitiative erzwingen oder die Linke die Typenwahl eines Kampffjets sabotieren kann. Selbstverständlich dürfen die Initianten weiter Unterschriften sammeln, so wie Bundesrat und Parlament unabhängig davon den Kauf vollziehen können. Die Lancierung einer Initiative entfaltet keine aufschiebende Wirkung. Sollte sie der einst von Volk und Ständen angenommen werden, gälte das Verbot halt für die Zukunft. Allerdings nur bis 2040, denn das als Verfassungsrecht getarnte Kaufverbot ist befristet. Das sagt eigentlich alles über dessen demokratiopolitische Redlichkeit. *Thomas Isler*

Fussball

Coming-out macht Hoffnung

Wenn selbst Boris Johnson gratuliert, muss Bedeutsames passiert sein. «Danke für deinen Mut, Jake», twitterte der englische Premierminister, nachdem der Fussballer Jake Daniels diese Woche verkündet hatte, er sei schwul. Daniels, der in Blackpool in der zweiten englischen Liga spielt, ist einer von zwei aktiven Fussballern weltweit, die ihre Homosexualität öffentlich gemacht haben. Er ist erst 17 Jahre alt. Das nährt die Besorgnis, ob er Anfeindungen zu erwarten hat, wenn die

Chappatte



Der externe Standpunkt

Firmen pflegen neu eine Bürokratie des Guten – statt zu investieren

«Unternehmensverantwortung» lautet das Schlagwort der Stunde. Das klingt zunächst einmal vernünftig, kollidiert aber paradoxerweise oft mit den Nachhaltigkeitszielen der Uno, **schreibt Philipp Aerni**

International tätige Grossfirmen bereiten sich derzeit in der EU auf die bevorstehende Verschärfung der Gesetze zu Unternehmensverantwortung und Nachhaltigkeit vor. Diese verpflichten sie künftig dazu, via Berichterstattung im Unternehmensführungs-, im Umwelt- und im Sozialbereich nachzuweisen, dass ihre Lieferkette im Einklang mit den Klimazielen und mit den Uno-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte steht. In der Schweiz geht der indirekte Gegenvorschlag zu der im November 2020 abgelehnten Konzernverantwortungsinitiative zwar weniger weit als die geplante EU-Direktive, aber beide verfolgen eigentlich dasselbe Ziel: Multinationale Konzerne sollen zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie Menschenrechtsverletzungen anderswo einfach ignorieren und die Umwelt zerstören.

Gegen dieses Ziel ist nichts einzuwenden. Es ist aber fraglich, inwieweit die geforderte Berichterstattungspflicht in der EU oder in der Schweiz das richtige Instrument ist, um die Menschenrechtssituation und die Umwelt auf diesem Planeten zu verbessern.

Grossfirmen übertreffen sich derzeit gegenseitig beim Ankündigen ehrgeiziger Ziele im Umwelt- und Sozialbereich, und sie zeigen auch auf, wie sie diese in ihrer Lieferkette strikt umsetzen wollen. Solche Ankündigungen sind nicht zuletzt auch gutes Marketing, sie steigern die Reputation. Doch wer trägt die Kosten der Umsetzung? Gerade in der Schweiz zeigt sich, dass diese immer mehr auf Lieferanten, also meistens KMU, abgewälzt werden. Diese befinden sich nun quasi in einem Hamsterrad, weil jeder Grosskunde auf die Umsetzung eines anderen etablierten Berichterstattungsstandards für

damit verbundene Bürokratieaufwand nicht wirklich mit einem Mehrwert für die Gesellschaft verbunden. Denn KMU schaffen ja nicht Wert, indem sie schöne Nachhaltigkeitsberichte schreiben, sondern indem sie verantwortungsvoll in Innovationen und neue Märkte investieren und damit wertvolle Arbeitsplätze schaffen.

Dies erkennen insbesondere auch die Uno-Nachhaltigkeitsziele. Beim Uno-Nachhaltigkeitsziel 8 geht es etwa um inklusives Wachstum und die Schaffung von anständigen Arbeitsplätzen, insbesondere in den Ländern mit tieferen Einkommen, sowie um das Abkoppeln des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch durch Innovation und mehr Effizienz. Doch während die Uno-Nachhaltigkeitsziele langfristige Direktinvestitionen in ärmeren Ländern als Teil der Lösung erkennen, betrachten die anderen Leitprinzipien der Uno solche Investitionen primär als Problem; ihre Prämisse ist es, keinen Schaden anzurichten (*do no harm*).

Diese Doktrin basiert auf der Grundannahme, dass westliche Grossfirmen in diesen Ländern primär schnelle Profite auf Kosten der dortigen Umwelt und Gesellschaft erzielen wollen. Tatsache ist jedoch, dass Firmen, die sich entscheiden, dort langfristig zu investieren, grosse Risiken eingehen. Sie müssen zuerst eine Infrastruktur aufbauen, die es ihnen erlaubt, operativ tätig zu werden. Ausserdem müssen sie lokale Zulieferer auf ein Qualitätsniveau bringen, das den Ansprüchen in der jeweiligen globalen Wertschöpfungskette genügt. Das alles kostet Zeit und sehr viel Geld. In den meisten Fällen zeichnet sich daher ein Return on Investment erst Jahre bis Jahrzehnte später ab, vorausgesetzt, dass das Land politisch stabil bleibt. Da Kinderarbeit in diesen Ländern oft die Regel und nicht die Ausnahme ist, muss ein zusätzlicher Aufwand betrieben werden, um lokale Zulieferer diesbezüglich strikt zu kontrollieren.

Für viele Grossfirmen ist daher die Unsicherheit und der Aufwand, im Süden zu produzieren, zu gross geworden; es sei denn, die lokale Präsenz ist nötig (etwa für die Extraktion von natürlichen Ressourcen) und hochprofitabel (steigende Rohstoffpreise). In diesem Fall wird jedoch die Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren wann immer möglich vermieden, um nicht in den Verdacht auf Kinderarbeit und Korruption zu geraten. Der Trend läuft darauf hinaus, dass nur noch jene Grossfirmen als nachhaltig gelten, die exklusiv in der eigenen risikoarmen Komfortzone Europa investieren. Dies steht im Widerspruch zum Geist der Nachhaltigkeitsziele. Diese wollen mehr Inklusivität durch mehr mutige Investitionen in die lokale Wirtschaft der ärmeren Länder. Solche sollten

Philipp Aerni



Philipp Aerni, 52, ist Direktor des Zentrums für Unternehmensverantwortung und

schönen Worte verklungen sind. Aber es macht auch Hoffnung. Darauf, dass da eine Generation nachkommt, die einen selbstverständlichen Umgang mit Homosexualität pflegt und die überholten Männlichkeitsriten im Fussball endlich aufbricht. *Christine Steffen*

Lieferanten pocht. Diese privaten Standards stehen derzeit in der Kritik, weil sie keine verifizierbare Mess- und Vergleichbarkeit der Nachhaltigkeitsleistung ermöglichen. Das öffnet Tür und Tor für das sogenannte Greenwashing, mit dem sich Firmen bloss einen grünen Anstrich geben. Ausserdem ist der

Nachhaltigkeit (CCRS) an der Hochschule für Wirtschaft Freiburg und Dozent an der ETH Zürich und der Universität Zürich. Zuvor arbeitete der promovierte Agrarökonom bei der Uno-Welternährungsorganisation in Rom.

belohnt und nicht bestraft werden

Es kann nicht das Ziel sein, dass die neuen Verantwortlichkeitsregeln nur zu mehr Bürokratie für Europas KMU und zu weniger inklusiver Entwicklung im Süden führt. Eine selbstkritische Debatte wäre überfällig, aber eben wohl auch unbequem.